

Antragsbuch

SGK-Landeskonferenz 2023
25. November, Neckarsulm

Verlässlichkeit

Verantwortung

Vereinfachung

Antragsübersicht

Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten. Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen!	Seite 3
Digitalisierung der Kommunen – Abwarten ist keine Lösung!	Seite 5
Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – jetzt!	Seite 8
Für eine grundlegende Stärkung der kommunalen Finanzausstattung	Seite 12
Umgang mit Geflüchteten – Realitäten anerkennen, Kommunen stärken	Seite 14

Antragsteller: SGK-Landesvorstand

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag
SPD-Landesparteitag

1 **Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten**

2 **Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen!**

3 Der Fachkräftemangel ist voll in den Kommunalverwaltungen angekommen. Waren es bisher
4 vor allem der technische Bereich und die sozialen Berufe, in denen Fachkräfte fehlten, betrifft
5 dies mittlerweile auch die klassischen Verwaltungstätigkeiten. Zudem wird es zunehmend
6 schwieriger, Beschäftigte für einfache Arbeiten und Hilfstätigkeiten zu finden. Die anstehende
7 hohe Zahl an Pensionierungen und Verrentungen wird die Situation weiter verschärfen. Dazu
8 kommen der harte Wettbewerb mit dem Privatsektor, häufig überholte und nahezu
9 antiquierte Arbeitsbedingungen und zu wenig Flexibilität bei Einstellungsbedingungen und
10 leistungsbezogener Bezahlung.

11 Der Fachkräftemangel wird immer mehr zum Arbeitskräftemangel. Den Kommunen droht
12 Handlungsunfähigkeit. Anstelle der erforderlichen Agilität droht Stillstand. Die Städte und
13 Gemeinden werden zum Nadelöhr der Stadtentwicklung – und das in Zeiten des Umbruchs
14 und der industriellen Transformation. Schon heute können kommunale Leistungen oder der
15 Betrieb von Anlagen und Einrichtungen teilweise nicht mehr aufrechterhalten oder müssen
16 spürbar eingeschränkt werden. Dieser Entwicklung muss schnell und mit aller Kraft
17 entgegengewirkt werden, sonst wird der öffentliche Sektor nur noch grundlegende und
18 zudem eingeschränkte staatliche Dienstleistungen bringen können.

19 Die bisher in einzelnen Verwaltungen oder auf übergeordneter Ebene eingeleiteten
20 Maßnahmen zur Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften sind gut, aber nicht ausreichend.

21 **Wir fordern daher:**

- 22 • Die Ausweitung der Kapazitäten und Zulassungszahlen an den bestehenden Hochschulen
23 in Kehl und Ludwigsburg in der Studienrichtung Public Management.
- 24 • Die Ausweitung der dualen Ausbildung in den technischen Fachbereichen Stadtplanung,
25 Architektur, Landschaftsarchitektur, Tiefbau, Haustechnik etc. und den Aufbau

1 entsprechender Kapazitäten und Studienplätze – wo möglich unter Einbeziehen
2 bestehender Angebote an Hochschulen.

- 3 • Die Ausweitung des Lehrangebots an den Universitäten und Hochschulen mit Orientierung
4 der Inhalte Richtung öffentliche Verwaltung, insbesondere in den technischen Disziplinen.
- 5 • Erleichterung des Quereinstiegs in die öffentliche Verwaltung und das Beamtentum und
6 Flankierung mit besseren und umfassenderen Qualifizierungsmöglichkeiten. Dies bedeutet
7 für uns auch, dass die kommissarische Übertragung von Stellen besser ermöglicht werden
8 muss und eine Nachqualifizierung während der Tätigkeit stattfinden soll.
- 9 • Die Schaffung von Möglichkeiten zur Bezahlung außerhalb des Tarifvertrags insbesondere
10 in Bereichen, die einem starken Konkurrenzdruck mit der Privatwirtschaft ausgesetzt sind.
- 11 • Die Möglichkeit, für neu entstehende Berufsgruppen auch abweichende Eingruppierungen
12 zu erleichtern, ohne dafür den Tarifvertrag zu „beugen“ (z.B. Sozialhausmeister in
13 Flüchtlings- und Obdachlosenunterbringungen, Digitalisierungshausmeister in Schulen).
- 14 • Die Modernisierung des Besoldungs- und Beamtenrechts, um mehr Flexibilität zwischen
15 den Laufbahnen zu ermöglichen, die Übernahme von einmaligen Projekten mit Zulagen
16 auch finanziell zu honorieren und einfachere Möglichkeit des Quereinstiegs ins
17 Beamtentum zu schaffen.
- 18 • Den Abbau von bürokratischen Auflagen mit dem Ziel, Aufgaben und Arbeitsabläufe zu
19 verschlanken und zu vereinfachen.
- 20 • Eine Offensive zur Personalgewinnung und Imagekampagne zu Berufsfeldern und
21 Berufsbildern im öffentlichen Dienst.

Antragsteller: SGK-Landesvorstand

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag
SPD-Landesparteitag

1 **Digitalisierung der Kommunen – Abwarten ist keine Lösung!**

2 Die Kommunen in Baden-Württemberg befinden sich mitten in der digitalen Transformation,
3 doch die Umsetzung geht an vielen Stellen zu langsam. Vor allem die Corona-Krise hat dabei
4 Verwaltungen vor Augen geführt, dass Faxgeräte und Papierakten endlich der Vergangenheit
5 angehören und stattdessen durch die Möglichkeiten für Mobile Arbeit, Videokonferenzen, E-
6 Akte und digitale Prozesse innerhalb der Verwaltungen ersetzt werden müssen. Jetzt ist die
7 Zeit gekommen ist, konsequent in die Digitalisierung und Automatisierung zu investieren.
8 Selbst wenn die vollständige Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes gescheitert ist, muss
9 auch in den Rathäusern die Technik so weit vorangetrieben werden, dass nach der
10 flächendeckenden Einführung von Online-Bürgerdienstleistungen die Anträge nicht mehr
11 ausgedruckt, abgeheftet und analog weiterbearbeitet werden. Der demographische Wandel
12 erhöht besonders den Druck auf effizientere Bürgerverwaltungen, denn in den nächsten 10
13 Jahren werden 1/3 aller Beschäftigten in den Ruhestand gehen und die schon jetzt
14 unterbesetzten Kommunen werden auch weiterhin mit Fachkräftemangel und Personallücken
15 konfrontiert sein. Durch eine konsequente Digitalisierung können Routinetätigkeiten
16 schneller erbracht werden, so dass die begrenzten Personalkapazitäten für die persönliche
17 Beratung und Gestaltung der kommunalen Projekte eingesetzt werden können.

18

19 **Folgende Schritte müssen jetzt dringend angegangen werden:**

- 20 • Erarbeitung zentraler Digitalstrategien in Kommunalverwaltungen, wenn noch nicht
21 vorhanden oder in Umsetzung. Im vergangenen Jahr hatten die Hälfte aller Kommunen
22 noch keine Strategie für die digitale Transformation.
- 23 • Erhöhung der EDV/IT-Budgets in den kommunalen Haushalten für moderne
24 Arbeitsausstattungen mit Laptops und VPN-Software für alle Beschäftigten und

- 1 Doppelbildschirme an allen Arbeitsplätzen, um Fachverfahren und E-Akte parallel
2 betreiben zu können.
- 3 • Wissensaufbau und Weiterbildungen für alle Beschäftigten verfügbar machen, über
4 Präsenzs Schulungen aber auch Online-Schulungsprogramme, die zu jeder Zeit genutzt
5 werden können.
 - 6 • Ausbau der Digitallotsen über die Digitalakademie und gemeinsame Zeit für
7 Multiplikatoren und Abteilungen/Sachgebiete, damit Digitalisierungsprojekte umgesetzt
8 werden können. Beispielsweise durch regelmäßige Schließtage der Verwaltungen zur
9 ausschließlichen Weiterbildung.
 - 10 • Stärkung der fachlichen Unterstützung durch Land und Bund in Fachverfahren. Schriftliche
11 Anleitungen und Leitfäden sind nicht ausreichend und müssen durch regelmäßige Online-
12 Schulungen mit niedriger Zugangs- und Teilnahmeschwelle ergänzt werden.
 - 13 • Einführung von E-Akte & Dokumentenmanagementsysteme in Verbindung mit der
14 Umsetzung der Resiscan-Richtlinie, damit ersetzende Scans die Papierform ersetzen und
15 die führende Akte digital wird und eine hybride Aufbewahrung und Doppelaktenhaltung
16 nicht mehr notwendig ist.
 - 17 • Einsatz von Cloud-Anwendungen und Kollaborationstools, um überall und jederzeit die
18 Vorteile digitaler Zusammenarbeit nutzen zu können und gänzlich auf Systembrüche und
19 fehlende Schnittstellen verzichten zu können.
 - 20 • Konsequente Umsetzung von E-Payment für alle Servicedienstleistungen, die im Rahmen
21 des OZG angeboten werden.
 - 22 • Einführung digitaler Ratsinformationssysteme und digitaler Ratsarbeit, um sowohl für
23 Kommunalpolitiker als auch Bürger die Gremienarbeit transparent und barrierefrei zu
24 machen.
 - 25 • Ausbau der Verwaltungs-IT-Infrastruktur durch schnelle Bandbreiten und WLAN in allen
26 Rathaus- und Verwaltungsgebäuden, um digitale Systeme in der Breite nutzen zu können
 - 27 • Umsetzung einer Cloud-Strategie und Verlagerung von eigenen Server-Lösungen auf
28 Systemhäuser oder professionelle Rechenzentren, damit die IT-Mitarbeiter sich nur noch
29 um die Anwendungen und Wissensvermittlung aber nicht mehr ausschließlich um Betrieb,
30 Wartung und Erneuerung eigener Hardware kümmern müssen.

- 1 • Abbau von Ängsten und rechtlichen Unsicherheiten auch im Hinblick auf den Datenschutz:
2 Vorgaben und Regeln dürfen nicht dazu führen, dass keine Entwicklung mehr stattfindet
3 und die Verwaltungsdigitalisierung gelähmt wird. Land und Datenschutzbeauftragte
4 müssen daher beraten und Hilfestellungen leisten, Vorlagen für Datenschutzerklärungen
5 und Datenschutzfolgeabschätzungen liefern und bei Fachverfahren bereits sämtliche
6 Dokumentationen für die kommunale Nutzung Out-of-the-Box mitliefern.

7

8 **Digitalisierung als riesige Chance**

9 Die Digitalisierung ist eine riesige Chance für unsere überlasteten Verwaltungen. Sie
10 ermöglicht eine effizientere Verwaltung und eine schnellere Bearbeitung von Anliegen der
11 Bürgerinnen und Bürger. Durch lokale Digitalisierungskompetenz wird langfristig auch die
12 kommunale Selbstverwaltung gestärkt und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden
13 erhalten.

14 Wir müssen sicherstellen, dass die Digitalisierung allen Bürgerinnen und Bürgern
15 zugutekommt und niemand zurückgelassen wird – das geht am besten, wenn wir damit
16 einfach anfangen und Mut zur Veränderung haben!

17 Wir sind überzeugt, dass wir mit einer klugen und verantwortungsvollen Digitalisierungspolitik
18 die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig verbessern können.

Antragsteller: SGK-Landesvorstand

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag
SPD-Landesparteitag

1 **Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – jetzt!**

2

3 Die Wohnungsnot ist groß - in der gesamten Bundesrepublik Deutschland wie auch im Land
4 Baden-Württemberg. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist daher eine akute und
5 drängende soziale Frage. Es gilt, den Preisanstieg bei neuen wie gebrauchten
6 Wohnimmobilien sowie den Anstieg der Mieten zu bremsen – bei gleichzeitiger Erhöhung der
7 Förderung von Wohneigentum: das muss oberstes Ziel einer Verbesserung auf dem
8 Wohnungsmarkt sein.

9

10 **Stärkung der kommunalen Position**

11 Flankiert werden muss die Initiative zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch eine Stärkung
12 der kommunalen Position: Stichworte hierzu sind beispielsweise die Nutzung des
13 Erbbaurechts und eine strategische Bodenbevorratung durch die Kommunen. Zur Stärkung
14 gehören auch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen bei der
15 Entwicklung von Brachflächen sowie die gezielte Innenentwicklung und deren aktive
16 Unterstützung durch Förderszenarien. Vorkaufsrechte sollten ausgeweitet und gezielt
17 angewendet werden. Baulandumlegung, städtebauliche Verträge, kooperative
18 Baulandmodelle etc. müssen konsequent eingesetzt werden, damit gebaut werden kann. Die
19 Städtebauförderung muss strategisch weiterentwickelt sowie Gelder erhöht und von den
20 Kommunen auch konsequent abgerufen werden.

21

22 Kommunen müssen sich selbst stärker beim wichtigen Thema Wohnungsbau einbringen.
23 Konzeptausschreibungs- und Konzeptvergabeverfahren müssen etabliert,
24 Quotierungsregelungen für preisgedämpften Wohnraum sollen flächendeckend eingeführt
25 werden. Die Handlungsfähigkeit kommunaler und genossenschaftlich organisierter
26 Wohnbauunternehmen gilt es zu sichern und zu stärken. Zuletzt muss die notwendige
27 Außenentwicklung bedarfsgerecht und flexibel ermöglicht werden. Denn eine komplette

1 Einschränkung von Neubauf Flächen würde die Probleme auf dem Wohnungsmarkt massiv
2 verschärfen.

3

4 **Wohnbau vergünstigen**

5 Neben der Knappheit an verfügbarem Boden bzw. zu viel Leerstand sind insbesondere die
6 Kosten des Bauens problematisch. Hierzu gehören vor allem die in den letzten Jahren extrem
7 gestiegenen und auf hohem Niveau verharrenden Gestehungskosten sowie die aktuell
8 gestiegenen Finanzierungskosten. Die Kosten müssen daher wo möglich gesenkt werden
9 (bspw. durch Absenkung der Regelungen und Anforderungen oder durch Beschleunigung von
10 Verfahren) und die Finanzierung für preisgedämpften Wohnraum muss abgemildert werden
11 (bspw. durch Zuschüsse, zinslose Darlehen etc.).

12

13 **Weitere Impulse für die Kommunen**

14 Als weitere Impulse für Kommunen, um eine Trendwende am Wohnungsmarkt zu erreichen,
15 können folgende Punkte gelten:

- 16 • **Leerstand bekämpfen** (Leerstandsmanagement): Es müssen geeignete Anreize geschaffen
17 werden, um Eigentümer dazu zu bewegen, ihren Wohnraum zur Verfügung zu stellen
18 (Vermietungshindernisse analysieren und abschaffen, Belegungsrechte erwerben und
19 attraktiv ausgestalten).
- 20 • **Umbau und Aufstockung** (Häuserrecycling): Umbauten und Dachaufstockungen müssen
21 vorangetrieben werden (Nachverdichtung in die Höhe).
- 22 • **Flächenrecycling**: Nicht benötigte städtische Liegenschaften können umgewidmet werden.
23 Nicht genutzte Dienstleistungs- und Gewerbeimmobilien können in urbanen Baugebieten
24 zu bezahlbaren Wohnungen umgebaut werden. Manche Flächen können auch als
25 Wohnraum genutzt werden, wo dies bislang aufgrund bestehenden Rechts nicht möglich
26 ist.
- 27 • **Quartiersentwicklung als Querschnittsaufgabe denken**: Kommunale Institutionen,
28 gemeinnützige Organisationen und Bauträger sollen enger zusammenarbeiten.
- 29 • Noch konsequenter **Sanierungsgebiete ausweisen**

- 1 • **Innovative Ansätze** (Standardisierung von Wohnungen; Betriebswohnungen) gemeinsam
2 mit Unternehmen aus der Region entwickeln: Wohnungsbau als harten Standortfaktor
3 begreifen.

4

5 **Bürokratie abbauen**

6 Überbordende Bürokratie und unnötig komplizierte Verfahren behindern zudem ein
7 Vorankommen in Sachen Wohnungsnotstand. Folgende Punkte müssen dringend reformiert
8 werden:

- 9 • Senkung der baurechtlichen Auflagen auf ein „gesundes“ Maß
10 (Brand-/Schallschutz; Energie-/Umweltstandards)
- 11 • Vereinfachung und Beschleunigung bei Planungsverfahren/ der Bauleitplanung
- 12 • Begrenzung der Bauvorschriften und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

13

14 Gerade der Druck auf kommunale Wohnungsmärkte ist in stark nachgefragten Mittelzentren
15 zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern immens groß. Deshalb fordern wir kurz-, mittel-
16 und langfristige Maßnahmen.

17

18 **Konkrete Forderungen an das Land Baden-Württemberg sind:**

- 19 • Sozialwohnungen: Einführung eines deutlich erweiterten öffentlichen
20 Wohnungsbauprogramms.
- 21 • Landeswohnraumförderung: Förderprogramme müssen dringend aufgestellt bzw.
22 aufgestockt werden.
- 23 • Innenentwicklung: Mehr bebaubare Flächen müssen gewonnen, die Unterstützung und
24 Förderung hierzu ausgeweitet werden.
- 25 • Vorkaufsrecht: das Recht der Kommunen muss ausgeweitet und rechtssicher ausgestaltet
26 werden.
- 27 • Grundstücke: die vergünstigte Grundstücksüberlassung an kommunale
28 Wohnungsunternehmen muss ermöglicht werden
- 29 • Eigenkapital: kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen durch Aufstockung des
30 Eigenkapitals gestärkt werden.

- 1 • Bauträgersgeschäft: für kommunale Wohnungsbaugesellschaften muss das
2 Bauträgersgeschäft zur Quersubventionierung preisgedämpfter Wohnungen ermöglicht
3 werden.
- 4 • Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften: die Kommunen (und Landkreise)
5 müssen bei der Gründung und Ausstattung von Wohnungsbaugesellschaften/
6 Wohnungsbaugenossenschaften unterstützt werden.
- 7 • Personal: die Kommunen müssen bei der Personalausstattung unterstützt werden
8 (Förderung von Personalstellen, Ausbildung von Fachkräften etc.).
- 9 • Grunderwerbsteuer: Die Steuer muss für den Wohnungsneubau gesenkt werden
- 10 • Finanzierungskosten: Zuschüsse müssen erhöht, zinslose Darlehen müssen angeboten
11 werden.
- 12 • Bau- und Immobilienbranche: adäquate steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten müssen
13 ausgeweitet werden.
- 14 • Betriebswohnungen: innovative Projekte müssen stärker gefördert werden (z.B.
15 Baukostenzuschüsse).
- 16 • Bindungsfrist für geförderte Wohnungen: bestehende Wohnungen müssen unbürokratisch
17 verlängert werden können (Anreize müssen geschaffen werden) und neu gebaute
18 Wohnungen müssen dauerhaft gebunden werden (z.B. Zusatzförderung), damit der
19 Bestand nicht nur aufgefrischt, sondern ausgeweitet wird.
- 20 • Städtebauförderung: das Programm muss zielgerichtet weiterentwickelt, die Mittel von
21 Bund und Land müssen erhöht werden
- 22 • Bundes- sowie landeseigene Liegenschaften: Diese müssen zügig und vergünstigt an
23 Kommunen abgegeben werden.
- 24 • Baugesetzgebung: Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung müssen dringend an die
25 neuen Anforderungen angepasst (neu aufgesetzt) werden.
- 26 • Mietspiegel: Mietspiegel und Indexmieten müssen vom Verbraucherpreisindex entkoppelt
27 werden.
- 28 • Landesentwicklungsplan: Dieser muss schneller aufgestellt und die Schaffung von
29 Wohnraum als vordringliches Ziel darin verankert werden.

Antragsteller: SGK-Landesvorstand

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag
SPD-Landesparteitag

1 **Für eine grundlegende Stärkung der kommunalen Finanzausstattung**

2 Die Kommunen sind für die BürgerInnen die ersten und wichtigsten Repräsentanten unserer
3 Staatlichkeit. Wenn wir an Staat oder Behörden denken, wann haben wir es mit dem Bund,
4 wann mit den Ländern zu tun? Wer stellt nahezu unsere gesamte Daseinsvorsorge sicher? Wer
5 jetzt das Rathaus oder Landratsamt im Kopf hat, liegt genau richtig! Neben Bildungs- und
6 Betreuungsinfrastruktur, Strom-, Verkehrs-, Wasser- und Abwasserinfrastruktur,
7 Bürgerservice und Standesamtswesen bauen und betreiben die Kommunen Theater, Museen,
8 Schwimmbäder, Spielplätze und andere Freizeit- und Kultureinrichtungen. Kurz gesagt, die
9 Kommunen sichern uns unsere komfortablen westeuropäischen Standards. Sie sind unsere
10 staatlichen Champions.

11 Das Grundgesetz gewährleistet den Gemeinden in Art. 28 Abs. 2 GG das Recht, alle
12 Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener
13 Verantwortung zu regeln. Da sich die Kommunen der Wahrnehmung gesetzlicher
14 Pflichtaufgaben aber nicht entziehen können, schränkt potenziell jede Aufgabe, mit deren
15 Übertragung kein finanzieller Ausgleich einhergeht, die kommunale Selbstverwaltung ein. Es
16 besteht immer die Gefahr, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen nicht ausreichend
17 berücksichtigt wird. Die zur Aufgabenwahrnehmung notwendigen Finanzmittel fehlen den
18 Kommunen dann an anderer Stelle und können logischerweise nicht zugleich für freiwillige
19 Selbstverwaltungsaufgaben eingesetzt werden.

20 Wir fordern daher:

- 21 • Das Land muss sich stärker zu seiner Verantwortung gegenüber seinen Kommunen
22 bekennen. Es darf keine Aufgabenübertragungen ohne wirklich funktionierende
23 Konnexitätsverfahren geben.
- 24 • Bund und Land müssen eine Änderung der vertikalen Verteilung der
25 Umsatzsteuereinnahmen zugunsten der Kommunen vornehmen. Übertragenen Aufgaben

- 1 folgen Ausgaben. Das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen klafft zunehmend
2 auseinander.
- 3 • Wenn über Finanzverflechtungen im Föderalismus entschieden wird, so tun dies Bund und
4 Länder. Die Kommunen werden lediglich als „Anhängsel der Länder betrachtet.
5 Perspektivisch ist für entsprechende Sachverhalte die Implementierung einer dritten
6 Kammer zu forcieren. Die Kommunen gehören als gleichberechtigter Partner an den
7 Verhandlungstisch.
 - 8 • Die kommunale Steuerautonomie muss gestärkt werden. Die Realsteuern sind an dieser
9 Stelle keine hinreichende Stellschraube. Ein kommunaler Hebesatz auf die
10 Einkommensteuer ist im Grundgesetz beispielsweise vorgesehen, einfachgesetzlich aber
11 nicht umgesetzt.
 - 12 • Das Land muss das Zuschusswesen reformieren. Weg von Förderungen aus Ressorttöpfen
13 mit bürokratischen Antrags- und Abwicklungsverfahren, hin zu einer flexibleren Lösung
14 über den kommunalen Finanzausgleich. Wir Kommunen kennen notwendige
15 Investitionsschwerpunkte selbst am besten.
 - 16 • Wir dürfen uns nicht blind auf eine „schwarze Null“ fokussieren. Sinnvolle Investitionen in
17 kommunale Infrastruktur, insbesondere in Bildungsinfrastruktur, sind stets umzusetzen.
18 Natürlich muss die Verschuldung im „Rahmen“ bleiben. Der Rahmen wird von einem
19 ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorgegeben. Das ist intergenerative Gerechtigkeit.
 - 20 • Die Kommunen müssen die Möglichkeit haben, ihre Einnahmen-Ausgaben-Balance
21 selbstverantwortlich zu gestalten, um die Erledigung ihrer Aufgaben kraftvoll gestalten zu
22 können. Sie sind eben nicht nachgelagerte Ebene im Föderalismus. Sie sind vielmehr die
23 erste Ebene der Staatlichkeit im Kontakt mit den BürgerInnen. Sie müssen in die Lage
24 versetzt werden, ihren BürgerInnen das nach ihren Präferenzen bestmögliche Angebot an
25 öffentlichen Gütern bieten zu können.

Antragsteller: SGK-Landesvorstand

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag

1 **Umgang mit Geflüchteten - Realitäten anerkennen, Kommunen stärken**

2 Aufnahme und Integration von Geflüchteten werden unser Land auch mittel- und langfristig
3 vor große Herausforderungen stellen. Eine tragende Rolle kommt dabei den Kommunen zu.
4 Es sind die Städte und Gemeinden, in denen die tatsächliche Integrationsarbeit geleistet wird
5 und die in Fragen der Unterbringung, der Infrastruktur und des sozialen Miteinanders Großes
6 leisten müssen.

7 Wir stimmen nicht ein in den unverantwortlichen Chor derer, die den Menschen suggerieren,
8 dass es auf komplexe Fragen einfache Antworten gibt. Wir benennen klar die Probleme und
9 machen uns auf die Suche nach pragmatischen Lösungen. Dabei setzen wir auf die
10 Kompetenzen vor Ort und orientieren uns am Subsidiaritätsprinzip.

11 **Grundsatz**

12 Grundsätzlich ist es von entscheidender Bedeutung, dass den unteren Ausländerbehörden
13 aber auch den aufnehmenden Kommunen direkte Kompetenzen zur Lösung von
14 Problemstellungen vor Ort ermöglicht werden, so wie es im Subsidiaritätsprinzip formuliert
15 und gewollt ist. Dies macht vor allem vor dem Hintergrund Sinn, dass die Problemstellungen
16 in den einzelnen Städten und Gemeinden (Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt, Finanzkraft etc.)
17 deutliche Unterschiede aufweisen.

18 **Was braucht es?**

19 **Finanzen**

20 Städte und Gemeinden müssen finanziell mehr und besser unterstützt werden, ob mit
21 Schlüsselzuweisungen pro Geflüchteten oder mit Finanzhilfen beim Ausbau der kommunalen
22 Infrastruktur mit Blick auf die steigende Zahl der Einwohnenden. Hier stehen der Bund und
23 die Länder in Verantwortung.

1 **Unterbringung**

2 Städte und Gemeinden brauchen mehr Flexibilität sowohl mit Blick auf die eigentliche
3 Unterbringung als auch planungs- und baurechtlich. Natürlich müssen einheitliche
4 Grundstandards gelten. Dennoch braucht es Vertrauen in die Verantwortlichen vor Ort, auch
5 von den starren Richtlinien abweichen zu können, wenn es akut notwendig ist.

6 **Verteilungsschlüssel**

7 Städte und Gemeinden benötigen eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten zwischen den
8 verschiedenen Bundesländern und Kommunen. Einige Regionen in Deutschland haben eine
9 höhere Belastung durch die Aufnahme von Geflüchteten als andere. Dies kann temporär
10 notwendig sein, führt aber auf Dauer zu Unmut und Unverständnis vor Ort.

11 **Schnellere Asylverfahren**

12 Lange Asylverfahren führen häufig dazu, dass Flüchtlinge über längere Zeiträume in
13 Massenunterkünften leben müssen, was die Integration erschwert. Es entsteht eine große
14 Unzufriedenheit und Unsicherheit bei allen Beteiligten.

15 **Integration durch rasche Arbeitsaufnahme**

16 Geflüchtete, welche mit einer langen Dauer des Verfahrens rechnen müssen (Afghanistan und
17 Ukraine), müssen rasch in Arbeit kommen. Dies fördert die Integration. Hierzu muss bei den
18 Genehmigungen den Kommunen mehr Freiheiten eingeräumt werden. Sie können diese dann
19 an den lokalen Arbeitsmarkt anpassen.